



Netzwerk EBD Halbjahresumfrage 1/2010

Einschätzungen, Erwartungen und Forderungen der EBD Mitgliedsorganisationen

Zusammenfassung

Die EBD-Halbjahresumfrage zum Programm der spanischen EU-Ratspräsidentschaft unter den Mitgliedsorganisationen des Netzwerks EBD zeigt, dass die Zukunftsthemen der EU im Blickpunkt der Interessengruppen stehen. Nachdem der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten ist, dienen dessen Neuerungen als gegebene Arbeitsgrundlage – wenngleich die konkreten Auswirkungen und die Umsetzung im politischen Alltag in Deutschland zuweilen unklar sind.

Von hoher Bedeutung sind für die Interessengruppen weiterhin effektive Maßnahmen zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise. Insbesondere die Regulierung der internationalen Finanzmärkte wird als sehr dringlich angesehen.

Ein weiterer Schwerpunkt der EBD-Halbjahresumfrage waren Fragen zur EU-Strategie 2020. Nachdem die 2010 auslaufende Lissabon-Strategie als nur wenig erfolgreich bewertet wird, sind die Erwartungen an die „EU 2020“ entsprechend gering. Dem Ziel, die EU in den kommenden Jahren zu einer „grünen und wissensbasierten Marktwirtschaft“ zu machen, wird zwar nicht direkt widersprochen, doch fehlt es den meisten der teilnehmenden Mitgliedsorganisationen an geeigneten Strategien, wie dieses Ziel zu erreichen ist.

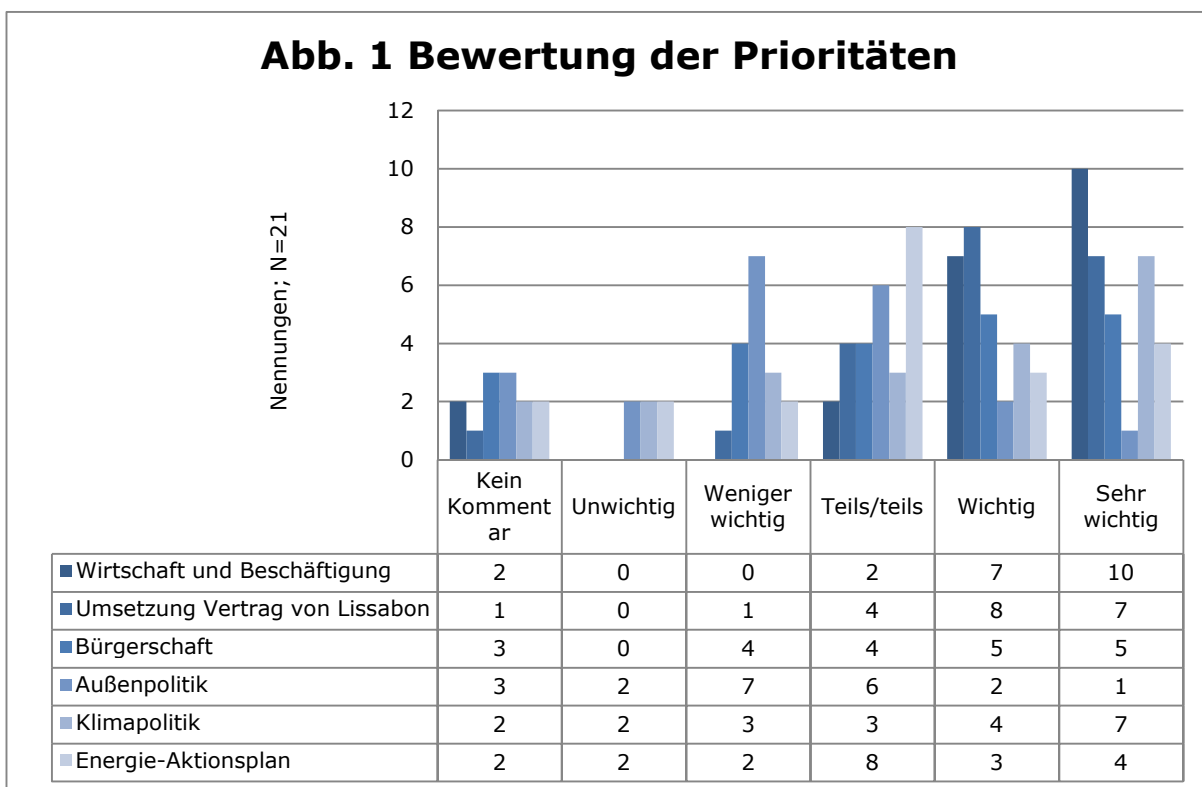
Daher solle sich die Europäische Kommission stärker darauf konzentrieren, wenige aber dafür konkrete Ziele zu benennen. Dabei solle es in erster Linie darum gehen, die Wirtschaftspolitik mit der Sozial-, der Umwelt- und der Verbraucherpolitik in Einklang zu bringen. Über das „wie“ gehen die Meinungen der Mitgliedsorganisationen auseinander.

Bei den offenen Punkten der EBD-Halbjahresumfrage nannten die Mitgliedsorganisationen zum Teil sehr konkrete Gesetzgebungsverfahren und –pläne, die in den kommenden Monaten der spanischen EU-Ratspräsidentschaft angegangen werden sollen. Zugleich jedoch wurden regulatorische Zurückhaltung und strikte Beachtung des Subsidiaritätsprinzips eingefordert.

An der EBD-Halbjahresumfrage zur spanischen EU-Ratspräsidentschaft haben Mitgliedsorganisationen aus allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen teilgenommen: Wirtschafts- und Industrieverbände, Gewerkschaften, Verbraucherorganisationen und weitere Organisationen.

1 Erwartungen und Prioritäten

Die spanische Ratspräsidentschaft hatte mit Amtsübernahme zu Beginn des Jahres 2010 ihr Programm für die kommenden sechs Monate präsentiert. Darüber hinaus wurde gemeinsam mit Belgien und Ungarn ein Programm für die beginnende Triorspräsidentschaft entworfen. Aus der Vielzahl geplanter Maßnahmen und Ziele wurden für die EBD-Halbjahresumfrage sechs Themenfelder ausgewählt, die von den EBD-Mitgliedsorganisationen bewertet wurden.



Das Themenfeld **Wirtschaft und Beschäftigung** wurde von den Mitgliedsorganisationen mit der höchsten Priorität bewertet. Das Stimmungsbild spiegelt sich auch in der Erwartung wider, dass die EU eine starke Rolle bei der Bewältigung der Folgen der Wirtschaftskrise sowie der Regulierung der Finanzmärkte bzw. Finanzmarktprodukte spielen sollte.

Der **Vertrag von Lissabon** ist seit 1. Dezember 2009 in Kraft und bringt eine Vielzahl von Neuerungen und Reformen, die für die Arbeit der Interessengruppen in allen Facetten relevant sind. Entsprechend wichtig sind diese für die Organisationen, werden aber schon als selbstverständlich und gegeben angesehen.

Klimapolitik und der Bereich **Bürgerschaft** (z.B. Sozialagenda, Aktionsplan zur Umsetzung des Stockholm-Programms für Freiheit, Sicherheit und Recht in der EU und Antidiskriminierung) sind ebenfalls Bereiche, die die Mitgliedsorganisationen mit Aufmerksamkeit verfolgen und dann je nach Sektor mit entsprechender Bedeutung versehen.

Der Bereich **Außenpolitik** und der **Energie-Aktionsplan** scheinen dagegen eine eher untergeordnete Rolle für die Organisationen zu spielen.

Einige Mitgliedsorganisationen fordern weitere Anstrengungen beim Bürokratieabbau, bessere Rechtssetzung, der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips bis hin zu regulatorischer Zurückhaltung.

2 Europäische Bürgerinitiative

Mit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon wurde mit der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) ein wichtiges Instrument direkter Beteiligung am europäischen Gesetzgebungsprozess geschaffen. Die Europäische Kommission hatte aus diesem Grund im November 2009 ein umfangreiches Konsultationsverfahren eingeleitet. Das Netzwerk EBD hatte im Dezember 2009 seine Mitgliedsorganisationen auf die Europäische Bürgerinitiative hingewiesen und zur Beteiligung am Konsultationsverfahren aufgerufen.

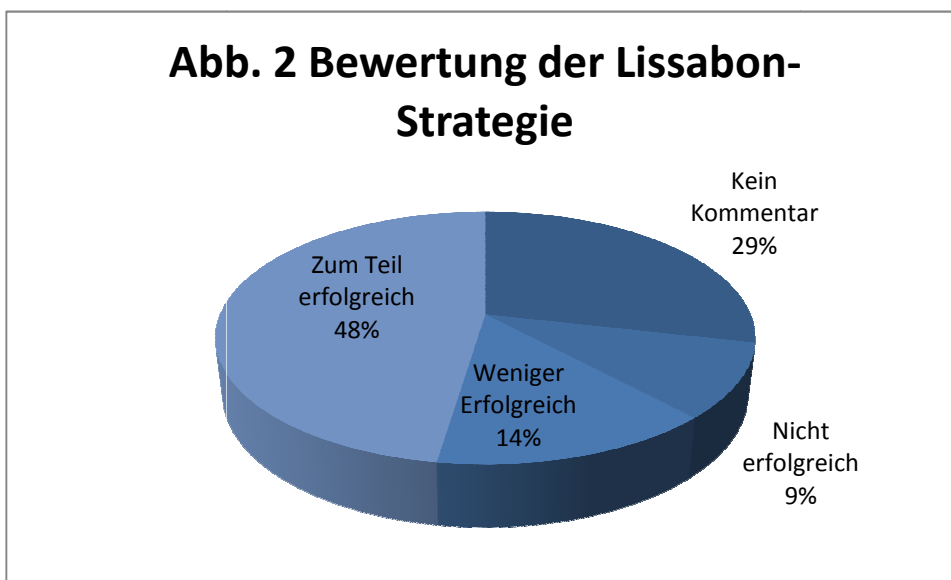
In der EBD-Halbjahresumfrage kündigten jedoch lediglich fünf Organisationen an, sich am Konsultationsverfahren beteiligen zu wollen, neun schlossen die Abgabe einer Stellungnahme aus, sieben machten keine Angaben. Auf die Frage, ob die Mitgliedsorganisationen planen würden, das Instrument Europäische Bürgerinitiative selbst für eigene Anliegen nutzen zu wollen, bejahten dies acht Mitgliedsorganisationen. Insgesamt ist dieses Projekt unter den EBD-Mitgliedsorganisationen nicht von hoher Priorität.

3 EU-Strategie 2020

Im März 2000 hatten die Staats- und Regierungschefs die „Lissabon-Strategie“ beschlossen, die die Europäische Union zum dynamischsten Wirtschaftsraum der Erde machen sollte. Das Ziel gilt als weithin verfehlt, der Blick richtet sich auf die Zukunft.

Die EU-Strategie 2020 soll dazu beitragen, dass die negativen Folgen der Weltwirtschaftskrise überwunden werden, gleichzeitig der Übergang zu einer grünen und wissensbasierten Marktwirtschaft vollzogen wird. Von November 2009 bis Mitte Januar 2010 hatte die Kommission eine breite Konsultation zur EU-Strategie 2020 durchgeführt.

In der EBD-Halbjahresumfrage wurde also zunächst nach einer Bewertung der Lissabon-Strategie gefragt. Eine Mehrheit der Mitgliedsorganisationen bewertet die Lissabon-Strategie lediglich als einen Teilerfolg, einige Organisationen bescheinigen ihr sogar einen kompletten Misserfolg.



Mit Blick auf die EU-Strategie 2020 gaben lediglich sechs Mitgliedsorganisationen an, sich an der seinerzeit laufenden Konsultation beteiligen zu wollen, neun Organisationen schlossen eine Beteiligung aus.

Auf die Frage, ob die Prioritäten im Konsultationspapier zur EU-Strategie 2020 richtig gesetzt seien, ergab sich ein heterogenes Bild: Während 43 Prozent der Mitgliedsorganisationen "nur zum Teil" mit der Prioritätensetzung übereinstimmen wollten, stimmten 38 Prozent "weitestgehend" bis "voll und ganz" überein.



Und welche Themen fehlen den Mitgliedsorganisationen? Viele Organisationen bewerten das Verhältnis zwischen Maßnahmen für Wachstum und Wettbewerb einerseits und sozialer Sicherheit bzw. Umwelt- und Verbraucherschutz andererseits kritisch - selbstverständlich in Abhängigkeit der eigenen Organisationsinteressen.

Die Mitgliedsorganisationen äußern zudem generelle Kritik am Konsultationspapier: Es decke ein zu breites Spektrum ab, sei deshalb zu unkonkret. Vielmehr sollten konkrete und erreichbare Ziele formuliert und dann auch konsequent verfolgt werden. Desweiteren wird bemängelt, dass das Zeitfenster zwischen Verkündung erster Details (voraussichtlich im März 2010) und dem Ende des Konsultationsprozess viel zu eng sei. Außerdem sei die Zivilgesellschaft nur unzureichend eingebunden worden.